

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 15.12.2017

Von Christian Selz
18.12.2017

Der Putsch, den alle wollten

Mit dem neuen Präsidenten Emmerson Mnangagwa festigt das Militär in Simbabwe seine Macht. Protest gegen die Absetzung Robert Mugabes gab es kaum, schließlich agiert der neue Staatschef investorenfreundlich



Innenpolitisch wird sich mit dem ehemaligen Mugabe-Vertrauten an der Spitze Simbawwes wohl kaum etwas ändern – Emmerson Mnangagwa bei seiner Amtseinführung in Harare (24.11.2017)

Foto: Ben Curtis/AP Photo/dpa

Christian Selz schrieb an dieser Stelle zuletzt am 12. April 2017 über die Regierungspraxis des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma.

Wenn es keine logische Erklärung gibt, müssen höhere Mächte herhalten. Und so trat Emmerson Mnangagwa am Mittwoch, dem 22. November, am Hauptquartier der Regierungspartei Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) vor seine Anhänger, um zu erklären: »Das Volk hat gesprochen. Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes.« In den Ohren des Publikums klang das offenbar gut, die Menge jubelte jedenfalls. Nur mit der Realität hatte die Mär von Volkes Wille relativ wenig zu tun. Denn der tags zuvor verkündete »freiwillige« Rücktritt von Staatschef Robert Mugabe, auf den Mnangagwa sich bezog, war nicht Folge einer Wahl. Statt dessen war er einzig der Tatsache geschuldet, dass das Militär in der Nacht zum 15. November mit Panzern vor der Präsidentenvilla aufgefahren war und Mugabe unter Hausarrest gestellt hatte. Wenn Gott also wirklich seine Finger im Spiel gehabt hätte, dann hätte der Allmächtige in Simbabwe ganz klassisch geputscht. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass es neben den mächtigen Generälen vor allem Mnangagwa selbst war, der hier »gesprochen« hatte. Zwei Tage nach seiner Laienpredigt ließ sich der 75jährige als neuer Präsident Simbawes vereidigen. Er schwor, »die Verfassung und alle anderen Gesetze aufrechtzuerhalten und zu verteidigen« – und schaffte es, dabei keine Miene zu verziehen.

»G 40« vs. »Lacoste«

Ihr Staatsstreich, darauf hatten die Militärs schon in der ersten TV-Ansprache aus der kurz zuvor von der Armee besetzten Zentrale der staatlichen Zimbabwe Broadcasting Corporation bestanden, sollte nicht als solcher bezeichnet werden. »Wir möchten absolut klarstellen, dass dies keine Regierungsübernahme durch das Militär ist. Was die Streitkräfte Simbawes tun, ist, eine ausartende politische, soziale und ökonomische Situation zu befrieden«, erklärte deren Sprecher Sibusiso Moyo. Mit ernstem Blick in die Kamera behauptete der Uniformierte, das Eingreifen der Armee habe auch nicht Präsident Mugabe gegolten, sondern »Kriminellen in seinem Umfeld, die Verbrechen begehen, die soziales und ökonomisches Leid über das Land bringen«.

Gemeint war damit eine rivalisierende Fraktion innerhalb der Regierungspartei, an deren Spitze sich Grace Mugabe gesetzt hatte, die 52jährige Ehefrau des 93jährigen Langzeitstaatschefs, der den Posten seit 1987 innehatte. In Simbabwe war dieses Lager wegen seiner verhältnismäßigen Jugendlichkeit als »Generation 40« oder kurz »G 40« bekannt. Neben der First Lady gehörten ihm aufstrebende Politiker wie Bildungsminister Jonathan Moyo, Finanzminister Ignatius Chombo und der Minister für Lokalregierungen,

Öffentliche Arbeiten und Hausbau, Saviour Kasukuwere, an. Infolge des Putsches wurden sie allesamt verhaftet und ihrer Ämter enthoben. Kasukuwere war allerdings mit 47 Jahren dabei noch der Jüngste innerhalb der Führung der Grace-Mugabe-Clique. Die vorgebliche Verjüngung war vor allem strukturell zu sehen: Die G40 repräsentierte eine Gruppe von Parteipolitikern, die keine wesentliche Rolle im 1980 beendeten Befreiungskampf gegen das südrhodesische weiße Rassistenregime gespielt hatte.

Am Beispiel Kasukuweres lässt sich auch gut darlegen, wofür dieser Flügel stand: Bereits als Minister für Jugendentwicklung, Indigenisierung und Ermächtigung hatte sich der Nachwuchspolitiker zwischen 2009 und 2013 federführend für ein Gesetz engagiert, das ausländischen Investoren vorschrieb, 51 Prozent der Anteile an ihren Unternehmen in Simbabwe an Einheimische zu verkaufen. Von dem Modell profitierten die Beschäftigten und lokalen Gemeinden jedoch bestenfalls am Rande, Hauptnutznießer waren gut vernetzte Geschäftsleute. Es war der Versuch einer neuen Generation von Parteifunktionären, aus ihrer politischen Macht Kapital zu schlagen. Die revolutionäre Rhetorik, die mit dem Vorstoß einherging, war größtenteils Phrase. Bedeutende ideologische Unterschiede zur Fraktion um Mnangagwa, die in Anlehnung an dessen Spitzennamen »Krokodil« und eine Modemarke mit diesem Logo unter dem Namen »Lacoste« bekannt ist, waren nicht zu erkennen. Beide Lager gaben sich in öffentlichen Reden als Verteidiger des Erbes der Revolution, das freilich größtenteils längst durch Korruption, Misswirtschaft und Sanktionen des Westens zerstört worden war. In Wirklichkeit ging es den Akteuren um den Zugang zu den Fleischtöpfen. Aus Sicht der G40 lief das solange gut, wie die Fraktion die Interessen des Militärs nicht gefährdete. Genau in diesem Punkt überschätzte Grace Mugabe jedoch letztendlich ihre Macht.

Die ehemalige Sekretärin Mugabes, die ihren 41 Jahre älteren Chef nach dem Tod von dessen erster Ehefrau Sally Francesca Hayfron 1996 heiratete, wollte sich auf einem eigentlich für diesen Dezember geplanten Parteitag zur ZANU-PF-Vizepräsidentin wählen lassen. Dabei stand ihr jedoch der bisherige Inhaber dieses Postens im Weg: Emmerson Mnangagwa, Veteran des Befreiungskampfes und stets enger Weggefährte Robert Mugabes mit besten Kontakten zur Armeeführung. Die First Lady drängte ihren greisen Gatten öffentlich dazu, seinen Stellvertreter zu entlassen, was Mugabe schließlich am 6. November auch tat. Aus der Partei kam zunächst kein Widerspruch, ihrer öffentlichen Erklärung zufolge hatte Mnangagwa »beständig und anhaltend Züge von Untreue, Missachtung, Hinterlist und Unzuverlässigkeit gezeigt«. Der Geschasste floh nach Südafrika. Für einen Moment schien es, als stünde Grace Mugabe kurz vorm Ziel.

Immerhin erfolgte der Rauswurf Mnangagwas im Einklang mit den verfassungsgemäßen Befugnissen des Präsidenten. Der Schritt entsprach aber nicht den tatsächlichen Kräfteverhältnissen.

Gut vorbereiteter Coup

Dies stellte General Constantino Chiwenga eine Woche später unmissverständlich klar. Flankiert von etlichen hochrangigen Militärs wandte sich der Kommandeur der Streitkräfte bei einer Pressekonferenz im Armeehauptquartier in der Hauptstadt Harare an die Öffentlichkeit. »Der gegenwärtige Prozess der Entlassungen und Säuberungen innerhalb der ZANU-PF, der bisher hauptsächlich auf Mitglieder abzielt, die in Zusammenhang mit der Geschichte unseres Befreiungskampfs stehen, ist ein ernster Grund zur Sorge für uns als Streitkräfte«, erklärte Chiwenga und forderte, solche Maßnahmen müssten »unverzüglich aufhören«. Ansonsten, so drohte der oberste militärische Befehlshaber offen, »müssen wir diejenigen, die hinter den gegenwärtigen heimtückischen Gaunereien stecken, daran erinnern, dass die Armee, wenn es darum geht, unsere Revolution zu schützen, nicht zögern wird einzugreifen«. In völliger Verkennung der Machtsituation soll Mugabe lokalen Berichten zufolge daraufhin sogar noch versucht haben, Chiwenga verhaften zu lassen. Einen Tag später rückte die Armee aus, besetzte die wichtigsten Knotenpunkte in Harare und entmachtete die Polizei. Fotos von verhafteten Sicherheitskräften machten die Runde.

Die gut einwöchige Verzögerung, mit der das Militär nach der Entlassung Mnangagwas eingriff, spricht dafür, dass der Putsch gut vorbereitet und höchstwahrscheinlich auch international abgesprochen war. Drei Tage vor seiner Pressekonferenz – und damit vier Tage nach der Entlassung Mnangagwas, war Chiwenga jedenfalls zu einem Treffen mit dem chinesischen Verteidigungsminister Chang Wanquan nach Beijing gereist – nach offiziellen chinesischen Angaben vom 15. November, dem Mittwoch nach der Putschnacht, freilich lediglich zu einem »normalen militärischen Austausch«. Im Westen, wo Mugabe zum Despoten und Alleinherrscher stilisiert worden war, musste das Militär für den Sturz Mugabes kaum Werbung betreiben. Die vereinzelt Schüsse, die in der Putschnacht in Harare fielen, waren kaum verhallt, da gab das US-Außenministerium schon grünes Licht für die neuen Herrscher. Man wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten Simbabwes einmischen, hieß es aus Washington, von wo aus jahrzehntelang Sanktionen gegen das afrikanische Land initiiert und durchgesetzt worden waren. Der britische Außenminister Boris Johnson äußerte noch am selben Tag – Mugabes

»freiwilliger« Rücktritt war da noch längst nicht abzusehen – wie »wundervoll« es doch wäre, wenn Simbabwe nun wieder in den Commonwealth eintreten könnte.

Sonderlich aussichtsreich ist Johnsons Wunsch allerdings nicht, General Chiwenga war ja schließlich nach Beijing und nicht nach London geflogen. Außerdem verkennt der Außenminister Großbritanniens die tatsächlichen Machtverhältnisse in Simbabwe. Das Militär ist dort in nahezu alle Bereiche der Wirtschaft fest involviert und bezieht einen Teil seiner Einnahmen direkt – und ohne den Umweg über das Finanzministerium – aus dem Bergbau. Geschäftspartner sind in vielen Fällen chinesische Unternehmen. Die Schönwetteroffensive aus London und Washington hängt daher wohl hauptsächlich damit zusammen, dass westliche Konzerne in diesen Bereich vordringen wollen, schließlich verfügt Simbabwe über nennenswerte Diamanten- und Platinvorkommen.

Vor diesem Hintergrund wurde auch über die Vergangenheit Mnangagwas großzügig hinweggesehen. Dabei unterscheidet die sich kaum von der des dämonisierten angeblichen Diktators Mugabe. Mnangagwa schloss sich bereits als Jugendlicher der Befreiungsorganisation Zimbabwe African People's Union (ZAPU) unter Joshua Nkomo an, wurde nach Kritik an selbigem innerhalb der ZAPU zum Tode verurteilt, von Mitstreitern gerettet und trat schließlich in deren Gründungsjahr 1963 der Zimbabwe African National Union (ZANU) bei. Zwei Jahre später verhafteten ihn die Schergen des weißen Rassistenregimes nach einem Angriff auf einen Zug. Er wurde gefoltert und zu zehn Jahren Haft verurteilt, während derer er Robert Mugabe kennenlernte. Nach seiner Freilassung wurde er zunächst Sicherheitschef der ZANU und schließlich nach der Unabhängigkeit Simbawwes 1980 Sicherheitsminister des Landes und Chef des Geheimdienstes Central Intelligence Organisation (CIO).



Fast schien es, als hätte Grace Mugabe ihr Ziel, Präsidentin Simbabwes zu werden, erreicht. Aber dann machte ihr das Militär einen Strich durch die Rechnung – Grace und Robert Mugabe bei einem Auftritt in Gweru (1.9.2017)

Foto: Philimon Bulawayo/REUTERS

Massaker an den Ndebele

In dieser Funktion war Mnangagwa Anfang der 80er Jahre maßgeblich beteiligt am sogenannten Gukurahundi, einer Serie von Massakern gegen die Bevölkerungsgruppe der Ndebele, in der Nkomos ZAPU den stärksten Rückhalt hatte. 20.000 Menschen, vornehmlich Zivilisten, wurden dabei getötet. Mnangagwa weist heute jede Verantwortung von sich. »Wie kann ich zum Vollstrecker während des Gukurahundi werden?« fragte er im vergangenen Jahr in einem Interview mit dem britischen Magazin *New Statesman*. »Wir hatten einen Präsidenten, einen Verteidigungsminister, einen Armeekommandeur – und ich war nichts davon«, wettete Mnangagwa. Es gilt jedoch als erwiesen, dass das Militär die Massaker in enger Absprache mit dem Geheimdienst beging. Während die Armee mit wahllosen Gewaltakten die ZANU-Basis zerstörte, bekämpfte der CIO die Parteistrukturen, erklärte der Historiker Stuart Doran Ende November in einem Beitrag für die südafrikanische Internetzeitung *Daily Maverick*. Bezeichnend sind diesbezüglich auch zwei Reden Mnangagwas aus dem Jahr 1983, aus

denen der britische *Telegraph* in einem Artikel im Dezember 2014 zitierte: Das »Krokodil« beschimpfte die Angehörigen der Opposition darin als »Kakerlaken« und drohte, »alle Dörfer, die mit Dissidenten befallen sind«, niederzubrennen. »Gesegnet seien diejenigen, die dem Pfad der Regierungsgesetze folgen, die Zahl ihrer Tage auf Erden möge steigen. Aber wehe denen, die den Pfad der Kollaboration mit Dissidenten wählen, denn deren Aufenthalt auf Erden werden wir mit Sicherheit verkürzen«, wettete er, schon damals mit einem gewissen Hang zum Biblischen.

Bei den Wahlen 2008, als Mugabe in der ersten Runde knapp dem Oppositionskandidaten Morgan Tsvangirai unterlag, fungierte Mnangagwa als Wahlkampfmanager. Er verstand sich allerdings mehr als Wahlkämpfer denn als Manager – die Parteimiliz überzog ihre Kontrahenten mit einer Welle der Gewalt. Tsvangirai zog seine Kandidatur schließlich zurück und begründete dies damit, dass seine Anhänger ihr Leben riskierten, würden sie abstimmen. Mugabe gewann die Stichwahl als einziger aktiver Kandidat mit großem Vorsprung, Mnangagwa vermittelte anschließend eine Regierung der nationalen Einheit – eine Liäson, die der Opposition zwar Ämter einbrachte, von der sie sich politisch aber bis heute nicht erholt hat. Mnangagwa selbst stieg anschließend zum Verteidigungsminister auf.

Wenn westliche Regierungen vor diesem Hintergrund nun so tun, als habe in Simbabwe eine politische Wende stattgefunden, dann ist das scheinheilig. Wie eh und je ist das Land fest in den Händen des Militärs, mit dem Mnangagwa untrennbar verbunden ist. Was in Simbabwe passierte, war keinesfalls ein Umsturz, sondern vielmehr die Restauration des bestehenden Systems. Das Militär hat die Macht, das wurde durch den Putsch nur noch offensichtlicher. Und dass dieser verfassungswidrig war, lässt sich nicht leugnen.

Starrsinniger Staatschef

Daran ändert auch das bizarre Schauspiel nichts, das die Armeeführung im Anschluss an den Sturz Mugabes aufführte. Eine geschlagene Woche lang verhandelte sie mit dem gestürzten Staatschef über dessen Rücktritt. Doch der greise Präsident wollte die ihm zugewiesene Rolle partout nicht annehmen. Selbst als die Generäle ihn vor der versammelten internationalen Presse ans Rednerpult zerrten, um seinen Abschied zu verkünden, brachte der 93jährige es fertig, eine andere Rede zu verlesen, in der er gar behauptete, das Eingreifen der Armee stelle keinen Angriff auf seine Position als Oberbefehlshaber der Streitkräfte dar.

Letztendlich musste dann Parlamentspräsident Jacob Mudenda ein »freiwilliges« Rücktrittsgesuch vortragen, das vorgeblich von Mugabe stammte. »Meine Entscheidung

zurückzutreten ist von meiner Seite freiwillig und beruht auf der Sorge um das Wohlergehen des simbabwischen Volkes sowie meinem Wunsch, einen reibungslosen, friedlichen und nicht gewaltsamen Machtübergang sicherzustellen, der die nationale Sicherheit, den Frieden und die Stabilität schützt«, zitierte Mudenda aus dem Schreiben. Der Entmachtete selbst äußerte sich dazu in der Folge nicht, es war ihm auch kaum möglich, denn die Armee bewachte seine Villa. Am 12. Dezember reiste er nun nach Singapur, angeblich für »routinemäßige medizinische Untersuchungen«.

Der internationalen Gemeinschaft genügte die Posse dennoch, um den Putsch nicht als Putsch zu werten. Selbst die Afrikanische Union (AU) und die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC), die zunächst auf die Einhaltung der Verfassung gepocht hatten, gaben sich letztendlich mit dem inszenierten Rücktritt zufrieden. Zu einem klaren Bekenntnis zu Mugabe hatte sich ohnehin weder die SADC unter Führung von Südafrikas Staatschef Jacob Zuma noch die AU durchgerungen. Der Abgang des Mannes, der 37 Jahre lang an der Spitze Simbabwe gestanden hatte, war schlicht gewollt.

Dies dürfte vor allem am Agieren seiner Gattin gelegen haben. Die Fraktion um Grace Mugabe verfügte international über nur wenige Verbündeten, ihren Aufstieg zu verhindern, war auch Zuma ein Anliegen. Und in Simbabwe selbst galt die First Lady, die vor allem durch Berichte über ihre ausgedehnten Shoppingtouren in Misskredit geraten war, als äußerst unbeliebt. Als das Militär nach dem 15. November gegen den damals offiziell noch amtierenden Präsidenten demonstrieren ließ, hielten Mnangagwa-Anhänger Plakate mit der Aufschrift »Politische Macht ist nicht sexuell übertragbar« hoch. Die ZANU-PF organisierte Busse und karrte die Kundgebungsteilnehmer heran. Grace Mugabe wurde auf Lebenszeit aus der Partei ausgeschlossen. Proteste gegen die Machtübernahme der Armee blieben derweil aus. Offensichtlich hatte ohnehin kaum jemand geglaubt, dass Mugabe wirklich noch das Land geführt hatte.

Gute Aussichten fürs Kapital

Mnangagwas Präsidentschaft bedeutet dagegen Stabilität. Wie nahtlos der neue Staatschef an die bisherige ZANU-PF-Politik anknüpft, zeigte sich bereits am 4. Dezember, als Armee, Polizei und Ordnungsämter in einer konzertierten landesweiten Aktion gegen Straßenhändler und Betreiber nicht registrierter Sammeltaxis vorgehen. Die Operation, die den Codenamen »Wiederherstellung der geistigen Gesundheit« trug, hatte bereits Mugabe befürwortet. Mnangagwa pflegt damit nun sein Law-and-Order-Image, wesentliche Kritik aus dem Ausland ist dagegen nicht zu vernehmen. Nach außen

signalisierte Mnangagwa zugleich, die Bedingungen für Investitionen verbessern zu wollen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Anfang Dezember nahm er das Gesetz, dass die Anteile ausländischer Firmen an Unternehmen in Simbabwe auf 49 Prozent begrenzt, bereits weitgehend zurück. »Die Regierung wird sowohl einheimische als auch internationale Investoren durch die Umsetzung investorenfreundlicher Programme anziehen«, erklärte Finanzminister Patrick Chinamasa bei der Vorstellung des neuen Staatshaushalts am 8. Dezember. Getragen werden soll der auch durch zusätzliche Weltbank- und IWF-Kredite. Dafür will die neue Administration in einer Art vorausseilendem Gehorsam staatliche Betriebe verkaufen und einen Einstellungsstopp für Behörden verhängen. Auch solche Ankündigungen tragen dazu bei, dass die Verfassungskonformität des Aufstiegs Mnangagwas an die Macht international nicht ganz so genau beleuchtet wird. Seinen Beinamen »Krokodil« hat der neue Präsident der Legende nach übrigens einst erhalten, weil seine Einheit im Befreiungskampf wie das Raubtier stets genau im richtigen Moment zuschlug. Sein Weg an die Staatsspitze hat gezeigt, dass er ihn bis heute verdient.